

Sicherheit auf kommunaler Ebene

Die aktuelle Lage

Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer Stadt oder Gemeinde nicht sicher fühlen, werden sich auch nicht mit ihr identifizieren. Städte und Gemeinden verzeichnen vielerorts Abnahmen von Klein- und schwerstkrimineller Kriminalität, Drogenkonsum und Vandalismus. Es gibt jedoch landesweit, eher mit Schwerpunkt in den Ballungszentren, konstante Brennpunkte mit teilweiser Zunahme von Delikten. Videoüberwachungen werden zunehmend an sozialen Brennpunkten installiert. Sie finden aber auch häufig ohne zwingenden Grund an Orten statt, an denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gegeben ist.

Liberaler Standpunkte

„Hinsehen und sich Einmischen statt Wegschauen“ sind Grundsätze der FDP, um mehr Sicherheit auf kommunaler Ebene zu erzielen. Bürgerinnen und Bürger müssen sich in ihrer Stadt oder Gemeinde sicher fühlen. Das Verantwortungsgefühl unter Nachbarn kann durch bürgerschaftliches Engagement, durch intensive Zusammenarbeit mit der Polizei, durch Präventionsarbeit sowie durch Aufklärung gestärkt werden. Die Senioren als große Gruppe in der Bevölkerung können durch ihr sicherheitsbewusstes Verhalten, durch Zivilcourage als Zeugen von Straftaten und die Vermeidung vorhersehbarer Gefahrensituationen als Vorbild wirksam werden. Eine verlässliche Polizeipräsenz auf den Straßen, an Bahnhöfen oder im Umfeld von Betrieben ist notwendig, reicht aber allein nicht aus. Bürgerschaftliche Hilfe in Zusammenarbeit mit der Polizei bildet einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung. Wir treten für die Bildung von kommunalen Sicherheitsbeiräten ein, deren Aufgabe es ist, Schwerpunkte der Kriminalität aufzulisten, Sicherheitsschwachstellen wie Bahnhöfe, Radwege, Haltestellen, Unterführungen und Kinderspielplätze zu untersuchen und Pläne für ein präventives Handeln zu entwerfen. Diese kommunalen Sicherheitsbeiräte sollen intensiv mit der Polizei und den Medien zusammenarbeiten. Gerade auch ältere Bürgerinnen und Bürger sollten verstärkt einbezogen werden. Offene Jugendarbeit vor Ort ist ein

wesentliches Mittel der Kriminalprävention; gute Jugendpolitik in einer Gemeinde und bewährte Jugendarbeit in Vereinen sind wesentliche Schritte zur Vermeidung von Kriminalität. An schulischen Brennpunkten sollten Schulsozialarbeiter eingestellt werden. Örtliche Drogenpolitik beginnt bereits durch Aufklärungsveranstaltungen in Schulen und Vereinen. Wir setzen einerseits auf die konsequente Bekämpfung des Drogenhandels, andererseits aber auch auf die Hilfe für Schwerstabhängige, um die Beschaffungskriminalität wirksam zurückdrängen zu können. Aber davor muss die Prävention ansetzen. Kinder dürfen nicht allein gelassen werden. Das ist Aufgabe der Familie – die Schule kann das alleine nicht richten. Aber es ist auch die Aufgabe des Umfelds, der Verwandtschaft, der Nachbarn, von uns allen. Eingreifen statt wegsehen. Und helfen. Videoüberwachung von öffentlichen Einrichtungen (Straßen, Plätze, öffentliche Gebäude oder Bahnhöfe) sind nur dann, mit zeitlicher Begrenzung, zu befürworten, wenn diese Überwachungen der Gefahrenabwehr dienlich sind. Sie sind aus Sicht der FDP aber kein adäquates Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität. Die restriktive Rechtslage im Landespolizeigesetz, die Videoüberwachung einzusetzen, darf auf kommunaler Ebene nicht unterlaufen werden.

Zur Situation in Waiblingen

Der Rems-Murr-Kreis zählt im Vergleich zum Landesdurchschnitt zu den sicheren Landkreisen. Neben den in den letzten Jahren überwiegend rückläufigen Zahlen bezüglich allgemeiner Kriminalitätshäufigkeit und Gefährdungsquotient ist jedoch andererseits bei den Aggressionsdelikten gegen Polizeibeamte ein nicht unerheblicher Anstieg feststellbar.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die Liberalen in Waiblingen begreifen Sicherheit und Kriminalprävention keinesfalls nur als Aufgabe von Polizei und Justiz, sondern als bürgerschaftliche Herausforderung für die Gesamtheit einer Gemeinde. Vorbildliche Initiativen für eine erfolgreiche Verzahnung von bürgerschaftlichem Engagement mit der Arbeit der Behörden sind beispielsweise die „Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.“, die Jugendkulturwoche „bunt statt braun – für Vielfalt und gegen Gewalt“ im

Kulturhaus Schwanen oder der freiwillige Einsatz von Polizeipensionären als „Sicherheitsberater für Senioren“. Darüber hinaus wurde mit dem „Haus der Prävention“ in der Ludwigsburger Straße 1 eine zentrale Anlaufstelle für polizeiliche Präventionsarbeit zur Verfügung gestellt. Die Liberalen in Waiblingen wollen das bürgerschaftlichem Engagement bei der Kriminalitätsprävention weiter stärken und das Bewusstsein vertiefen, dass Sicherheit als eine Gesamtaufgabe der Gemeinschaft vor Ort zu verstehen ist. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei die weitere Rückführung des Anteils der Jugendkriminalität sein.

Im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Kommunen des Kreises konnte sich in Waiblingen bisher kein Schwerpunkt rechtsradikaler Gewalt festsetzen. Dies gilt es unbedingt zu erhalten. Neben Jugendarbeit, Prävention und konsequenter polizeilicher Verfolgung politischer sowie fremdenfeindlich motivierter Gewalt ist hierzu das bürgerschaftliche Bewusstsein zu fördern und zu stärken, dass der Rechtsextremismus in Waiblingen keinerlei Duldung, weder offen noch stillschweigend, bei der Bevölkerung findet. Die FDP Waiblingen fordert nachdrücklich, dass es im Zuge der im Rahmen der Landespolizeireform durchgeführten Umstrukturierungen zu keiner Beeinträchtigung der erfolgreichen Polizeiarbeit vor Ort kommen darf.